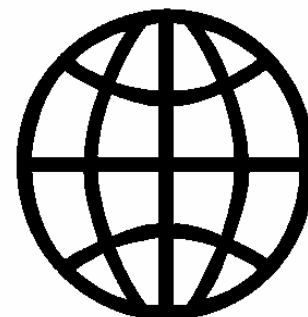

Gemeinsame Konferenz
Kirche und Entwicklung



Rüstungsexportbericht 2004 der GKKE

Vorgelegt von der
GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte

Inhaltsverzeichnis

Anstelle eines Vorworts	5
Zusammenfassung	7
1. Die Berichterstattung durch die GKKE	11
1.1 Auftrag	11
1.2 Kriterien der Beurteilung	11
2. Rüstungsexportpolitik im Kontext globaler Sicherheitspolitik	14
2.1 Kriegs- und Rüstungsdynamik	14
2.2 Entwicklungstrends auf dem Weltrüstungsmarkt	16
2.3 Neue Herausforderungen bei der Weitergabe von Waffen und Rüstungsgütern, u.a. scheiternde oder gescheiterte Staaten	21
3. Schritte gegen entwicklungshemmende Folgen von Rüstung und Rüstungsimporten	27
3.1 Initiative zur Einführung einer Rüstungsexportsteuer	27
3.2 Der Sicherheitssektor als Feld der Entwicklungspolitik	29
3.3 Die Suche nach einer Balance zwischen Entwicklungsanstrengungen und Rüstung	31
4. Perspektiven auf die Europäisierung der Rüstungsexportpolitik	35
4.1 Überarbeitung des EU-Verhaltenskodex für Rüstungsexporte	35
4.2 Weiterführende Initiativen	41
4.3 Zur Rolle des Europäischen Parlaments	45
4.4 Das Engagement von Kirchen und christlichen Gruppen im europäischen Kontext	45
5. Akzente in der deutschen Rüstungsexportpolitik	47
5.1 „Relative Ruhe“	47
5.2 Rüstungsexportpolitik in der Berichterstattung der Bundesregierung und Bewertung durch den Bundestag	51
5.3 Rüstungsexportpolitik und Krisenprävention	56
5.4 Armutsbekämpfung und die Einschränkung von Rüstungsexporten	61
6. Deutsche Rüstungsexporte im Jahr 2003	64
6.1 Daten zu deutschen Rüstungsexporten	64
6.2 Bewertung	68
6.3 Deutsche Rüstungsexporte in Staaten außerhalb der EU und der NATO – nach SIPRI-Daten	73
Anhang	75
1. Möglichkeiten, sich weiter zu informieren	75
1.1 Datenbank und Informationsquellen im Internet	75
1.2 Literaturhinweise	76
2. Mitglieder der Fachgruppe	78

Anstelle eines Vorworts

Auszug aus den Statements von Prälat Dr. Karl Jüsten, Katholischer Vorsitzender der GKKE, und Prälat Dr. Stephan Reimers, Evangelischer Vorsitzender der GKKE, bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Rüstungsexportberichts 2004 am 15. Dezember 2004 vor der Bundespressekonferenz in Berlin.

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE), eine Einrichtung der beiden großen Kirchen in Deutschland zu Fragen der Entwicklungspolitik und der Nord-Süd-Beziehungen, legt zum achten Mal seit 1997 ihren jährlichen Rüstungsexportbericht vor.

Anders als in den Vorjahren, liegt der Bericht der Bundesregierung mit den Daten über Exportgenehmigungen von Rüstungsgütern sowie über die Ausfuhren von Kriegswaffen vor; die Bundesregierung hat ihn am 1. Dezember veröffentlicht. Unser Bericht prüft den Stellenwert der deutschen Rüstungsexporte im Zusammenhang von Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik und widerspricht entschieden dem Eindruck einer vorgeblich restriktiven Politik der Rüstungsexporte durch die Bundesregierung.

Die Bundesrepublik hat im Jahr 2003 Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in Höhe von rund € 4,9 Milliarden erteilt. Im Jahr davor beliefen sich die Genehmigungen auf € 3,3 Milliarden. Das ist eine Steigerung von fast 50 Prozent. Noch dramatischer stellt sich die Situation bei den Kriegswaffen dar: dort stiegen die Ausfuhren von € 318 Millionen auf € 1,3 Milliarden. Das ist ein neuer Höchststand.

Mit ihren Lieferungen nimmt die Bundesrepublik erneut einen Spitzenplatz unter den Exportländern ein. Innerhalb der Europäischen Union ist sie – hinter Frankreich – der zweitgrößte Exporteur. Insgesamt sind die weltweiten Rüstungstransfers weltweit im Berichtsjahr angestiegen. Sie werden auf 35 Milliarden US-Dollar geschätzt. Wir sehen mit großer Sorge, dass dieser Trend auch die Entwicklungsländer nicht unberührt lässt, obwohl Geld dort in der Regel besser für die nachhaltige Verbesserung der Lebensverhältnisse als für die Einfuhr von Rüstungsgütern ausgegeben würde. Leider wird der Trend auch von der Bundesregierung unterstützt: Rund ein Viertel aller Exportgenehmigungen entfällt auf Entwicklungsländer.

Auch in den Genehmigungen für Rüstungsexporte in Konfliktregionen wie den Mittleren und Nahen Osten, in hochaktuelle Spannungsgebiete wie Afghanistan und Irak, sieht die GKKE mit großer Sorge eine gegenläufige Praxis zu dem, was die Bundesregierung in ihren Politischen Leitlinien an restriktiver Rüstungsexportpolitik angekündigt hat.

Mit Exportgenehmigungen in die Volksrepublik China und nach Libyen handelt die Bundesregierung dem EU-Waffenembargo zuwider und beschädigt die Glaubwürdigkeit einer vorgeblich restriktiven deutschen Rüstungsexportpolitik auf das empfindlichste. Auch der wiederholte Einsatz des Bundeskanzlers für eine Aufhebung des Waffenembargos gegenüber der Volksrepublik China ist angesichts der beträchtlichen nachgewiesenen Menschenrechtsverletzungen, die der Staat dort begeht, nicht nachzuvollziehen.

Die alarmierenden Befunde des diesjährigen Berichts sollten Anlass für eine sorgsame politische Debatte über die Politik der Rüstungsexporte sein. Sie würde dem Deutschen Bundestag gut anstehen. Das Feld der Rüstungsexporte entbehrt zunehmend einer politisch verantworteten Orientierung, die deutlich macht, dass Rüstungsexporte im Kontext einer integral gestalteten Friedens-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik zu stehen haben.